

Katrin Köppert und Francesca Schmidt:

*Der Nahostkonflikt aus queer-diasporischer Perspektive*

Spot eins: Zur größten Gay Pride Europas in Madrid wurde die eingeladene israelische Delegation kurzfristig wieder ausgeladen und alle in diesem Zusammenhang geplanten Veranstaltungen abgesagt. Als Begründung wurden die israelischen Angriffe auf die „Friedens Flotilla“ Ende Mai diesen Jahres angeführt sowie der Umstand, dass die Stadtverwaltung Tel Avivs, die u.a. den Wagen für den Umzug finanzieren wollte, dieses Massaker mit neun Toten nicht verurteilte - denn, so der Präsident der Spanischen Föderation für Lesben, Schwule, Trans- und Bisexuelle (FELGTB) Antonio Póveda, auf der Gay Pride würden Menschenrechte verteidigt und nicht missbilligt<sup>i</sup>. Cogam, ein Mitveranstalter der spanischen Parade, wies zudem auf das erhöhte Sicherheitsrisiko für den israelischen Wagen hin, weil zuvor an der Universität von Madrid ein israelischer Unternehmer durch propalästinensische Studenten mit Gewalt davon abgehalten wurde, einen Vortrag über erneuerbare Energien zu halten, ohne dass die Polizei eingegriffen hätte. Die Gay Pride solle hingegen, so Raúl García, nicht durch „gewalttätige Tumulte“ in die Schlagzeilen geraten.<sup>ii</sup> Der israelische Verband Aguda bedauerte die Entscheidung der Organisator\_innen und verwies auf die fehlende thematische Verknüpfung. Dessen Meinung nach hätten diese Themen nichts mit der Schwulen- und Lesbengemeinschaft zu tun. Vielmehr sei der Verband als nichtpolitische Gruppe zur Madrider Gay Pride eingeladen worden und wollte diese als Kick-Off für eine Kampagne nutzen, Tel Aviv als pinken Stern am schwulen/(lesbischen) Tourismus-Firmament zu etablieren<sup>iii</sup>. Yossi Levy, Sprecher des israelischen Außenministeriums und offen schwul lebend, kritisierte schärfer: „Die Organisatoren haben die Präsenz israelischer Homosexueller aus Gründen der Sicherheit abgelehnt. Das ist eine traurige und besorgniserregende Entscheidung. Die Parade des Stolzes verwandelt sich in die Parade der Schande.“<sup>iv</sup> Eine nachvollziehbare Kritik insofern, als dass Sicherheitsbedenken vorgeschoben werden, um den israelischen Verband, der pauschal für die Angriffe auf die Friedensflotte mitverantwortlich gemacht wird, zu verbannen, ohne deren Einstellungen und Politiken zu befragen. Diese Praxis lässt vermuten, dass die Proklamation von Menschenrechten nutzbar gemacht werden kann, um Gruppen pauschal auszuschließen, was eines impliziten Antisemitismus nicht entbehrt. So kritisierte der spanische Schwulen-, Lesben-, Bi- und Transsexuellenverband Colegas in seiner Stellungnahme: "Es ist völlig inakzeptabel, dass eine Organisation, die

vorgibt gegen Diskriminierung und für Freiheit und Menschenrechte zu kämpfen, sich von einer intoleranten, antisemitischen Strömung vereinnahmen lässt.<sup>iv</sup> Unabhängig davon, dass Antisemitismus, Antijudaismus und Anti-Israelismus differenziert zu betrachten sind, kann eine solche Entscheidung der Organisator\_innen nicht verhindern, dass nationalistische, rassistische und antisemitische Formierungen innerhalb einer sich mitunter homonormativ herstellenden LGBITT-Community befördert werden.<sup>vi</sup>

Spot zwei: Die Pride in Toronto sollte ohne die Gruppe „Queers against Israeli Apartheid“ (QuAIA), die schon seit 2007 an der Parade teilnimmt, stattfinden, solange sie die Worte „Israeli Apartheid“ verwende. Nach Aussagen der Veranstalter\_innen würde der Name von weiteren Teilnehmer\_innen als diskriminierend, antisemitisch und anti-israelisch empfunden<sup>vii</sup>. Der Kampf gegen Homophobie sei das Anliegen der Parade und nicht der Kampf gegen die israelische Apartheidspolitik, so Stadtrat Kyle Rae. Außerdem dürfe der Begriff der Apartheid nicht mit Juden\_Jüdinnen oder Israelis in Verbindung gebracht werden. Martin Gladstone, Anwalt, Filmemacher und Schwulenrechtsaktivist, konnte sich daher bei den Sponsor\_innen der Parade, zu denen die Stadt Toronto selbst zählt, erfolgreich dafür verwenden, dass die Gruppe unter diesem Namen nicht an der Parade teilnehmen solle.

Die Argumentation der Gruppe QuAIA, dass es sich um ein israelisches „apartheid system“<sup>viii</sup> handle, führte schlussendlich zu einer Welle der Solidarisierung, so dass nach darauf folgenden Zensurvorfällen die Veranstalter\_innen die Verbannungsandrohung zurücknahmen – jedoch unter der Verpflichtung, dass alle Gruppen die Anti-Diskriminierungserklärung der Stadt Toronto, die sie zuvor durch die Worte „Israeli Apartheid“ verletzt sahen, unterzeichnen und anerkennen. Im Duktus der Bekenntnis legitimierte sich nunmehr, was schon von vornherein in den Forderungen der Gruppe inbegriffen war: eine Bewegung gegen Diskriminierung, Okkupation und Kolonisierung von Menschen durch eine israelische Politik. In der Betonung dessen, dass sich gegen eine Form der Politikführung ausgesprochen wird, ließe sich behaupten, dass hier nicht gegen eine jüdische Ethnie und/oder Religion argumentiert würde, sondern gegen eine verletzende israelische Politik. Aufgrund der impliziten Verquickung von jüdischer Ethnie und Demokratie in der Definition Israels als Staat des jüdischen Volkes sind jedoch die Ebenen derart miteinander verzahnt, dass der Kampf gegen die israelische Apartheid auch als ein Kampf gegen Juden\_Jüdinnen verstanden werden kann, was bedingt, dass die Behauptung israelischer Apartheid auch eine Form verletzender Hate Speech für

Personen darstellen kann, die sich gegen israelische Politik wenden, aber sich dennoch als jüdisch definieren.

Spot drei: Der transgeniale CSD am 26.06.2010 in Berlin startete mit dem Rückenwind der Worte Judith Butlers anlässlich ihrer verweigerten Preisannahme des Zivilcourage Preises eine Woche zuvor beim „großen“ Berliner CSD und handelte sich gleichsam Zensurvorfälle ein. Während der Demo wurden Mitglieder der Gruppe „Berlin Queers for International Solidarity with Palestine“, die mit Plakaten „Free Gaza“ und „Freiheit für Palästina“ an der Demo teilnehmen wollten, aufgefordert, entweder die Demo zu verlassen oder die Plakate zu entfernen. Begründet wurde dies mit dem Aufruf zur Demo: „Bitte lasst eure Partei- und Nationalflaggen zu Hause! Diese sind auf dem Transgenialen CSD nicht erwünscht. Wir wollen keine Flaggen sehen, weder von Parteien noch irgendwelchen Nationen! Kein Gott, kein Staat, kein Championat!“ Zudem hätten sich andere Demoteilnehmer\_innen über die Plakate beschwert. Im Anschluss an den tCSD nahm die Gruppe in einem offenen Brief<sup>ix</sup> Stellung und übte u.a. Kritik an dem Vorwurf, Bezug auf die Nation Palästina auf ihren Flaggen genommen zu haben, obwohl es sich bei Palästina weder um eine anerkannte Nation noch um Flaggen in dem Sinne handele, da sie diese selbst gebastelt und mit keinen tradierten Symbolen ausgestattet hätten.

Drei Vorfälle, die sich aufgrund ihrer Ausgestaltung allein deswegen nicht als *Vorfälle* bagatellisieren lassen, weil sie die Frage evozieren, warum sich gegenwärtig im Kontext queerer Politiken der Nahostkonflikt so exponiert hervorhebt, obwohl es an so vielen Ecken und Enden brennt. Sicherlich ließen sich die massenmedialen Einwirkungen rund um die Überfälle auf die Solidaritätsflotte als Grund aufführen. Zugleich lässt sich die Frage stellen, ob der Konflikt ähnlich wie `68 das Brennglas eines Weltkonfliktes darstellt und sich im kollektiven Gedächtnis abgelagert nunmehr reaktivieren lässt, für die Auseinandersetzung rund um Islamisierung und Islamophobie sowie für den queerfeministischen Kampf gegen Kolonisierung. Hinzu kommt, dass die Geschichte des Antisemitismus zu einer Situation geführt hat, in der auf der Oberflächen-Ebene des Bekenntnisses jede Kritik an der israelischen Politik vermieden oder verschleiert werden muss, diese sich aber in unterschwelligeren Ebenen des Meinungs-austauschs oder in sich festsetzenden Vorbehalten gegenüber Israel und dem Judentum kanalisiert, was zu einer sich stetig wiederholenden Brisanz führt und den Konflikt in den Vordergrund drängt. Zumal auf Ebene des Konflikts Fragen der Verantwortung und Schuld nicht nur an den

jahrhundertlangen Vertreibungen von Juden\_Jüdinnen sondern auch an der Entscheidung der Generalversammlung der Vereinten Nationen, 1947 die Gründung des Staates Israel zu beschließen und damit das Existenzrecht eines Volkes auf Kosten eines anderen herzustellen, verhandelt werden. Daher liegt es unter anderem nahe, dass es sich bei dem Konflikt gleichsam um einen in die westlichen Länder externalisierten und verlagerten Konflikt handelt, der bis in die queere Diaspora<sup>x</sup> hinein implementiert ausgetragen wird. Dabei scheint uns problematisch, dass die queere Diaspora auch als eine komfortable Sicherheitszone ermöglicht, dass ein Konflikt, der Menschenrechte verletzt und Menschenleben fordert, auf der Ebene gönnerhafter Solidaritätsbekundungen verhandelt wird und dabei in sicherer Distanz zum tatsächlichen Geschehen steht. Kritik aus der Ferne zu üben, die entweder aus den Erinnerungen eigener Erfahrungen und Verletzungen oder einer kritischen Reflexion von Kolonialgeschichte resultiert, muss daher aus ebenjener Sicherheit der gegenwärtigen Situation problematisiert werden und sollte nicht zu einer Erhabenheit in den Beurteilungen des Lebens derer, die unmittelbar von dem Konflikt betroffen sind, verführen. In der Diaspora die Belange Tibets zu vertreten, die Menschenrechtsverletzungen Chinas zu verurteilen, Israel als Apartheids-Regime zu verdammen und Palästina als geknechtete Provinz zu viktimisieren kann unter Umständen die Kämpfe derer vor Ort bagatellisieren und den eigenen Standpunkt, in der Ferne besser Bescheid zu wissen, zentrieren und hegemonialisieren helfen. Das trifft gleichermaßen auf eine sich dadurch exzeptionalisierende LGBITT-Community zu, die sich in ihrem Kampf gegen Homo- und Transphobie von sich selbst insoweit distanziert, dass sie sich auf andere Kulturkreise bezieht, die sie damit in Abspaltung vom Eigenen als anders hervorbringen. Zugleich kann die Verlagerung des Konfliktes in die queere Diaspora bedeuten, den Fokus weg von den Betroffenen sowie von den vor Ort sich engagierenden Aktivist\_innen zu verschieben, was der Situation in Nahost nicht zuträglich sein dürfte. Schließlich wird mit der Schaffung von Sichtbarkeit des queer-diasporischen Kampfes riskiert, den Kampf der Queers in Israel-Palästina in die Unsichtbarkeit zu überführen. Dennoch kann die Ausblendung des Themas in der queeren Diaspora eine Entsolidarisierung und Entpolitisierung evozieren, was in unserem Verständnis von queer gänzlich unqueer wäre. Solange wir queer nicht als eine Identitätskategorie der Beschreibung sexuellen Begehrens oder geschlechtlicher Identifikation sondern als flexible Strategie des Queerings bzw. im Kontext der queeren Diaspora des Queeriasporizings<sup>xi</sup> verstehen, die sich gegen hegemoniale Machtverhältnisse wendet, sie analysiert, hinterfragt und versucht zu hintertreiben, muss der Nahostkonflikt, als einer der sich um

die Herstellung von Machtanspruch in einer Region rankt, neben anderen vielfältigen Formen der Konsolidierung von Macht, Ungerechtigkeit und Unrecht im Fokus queerer Politik stehen und kann nicht aus den Belangen gegen Diskriminierung antretender Homo-, Bi-, Inter-, Transgendersexuellen herausgeschrieben werden. Demzufolge stehen Argumente, nicht durch gewalttätige Tumulte in die Schlagzeilen geraten zu wollen, weil diese nichts mit Gay Rights zu tun hätten, in der assimilatorischen Tradition homophiler Bewegungen, nicht unangenehm auffallen bzw. wirtschaftliche Interessen in einem allgemeinen Wohlfühlklima vermarkten und durchsetzen zu wollen, wie in Madrid und Toronto deutlich wurde. Schließlich impliziert der Ausschluss der Gruppe Queers Against Israeli Apartheid in Toronto u.a. mit der Begründung „diese Gruppe ließ viele Menschen sich unwohl und unwillkommen fühlen“<sup>xxii</sup>, dass im Rahmen eines Gay Pride Happiness und Party eine wichtigere Rolle zu spielen scheint als politisch zu verhandelnde Themen. Sich mit dem Konflikt im Kontext eines Queer Marchings auseinanderzusetzen, heißt dabei nicht zwangsweise sich für eine Seite zu entscheiden, sondern die spezifischen Ineinanderlagerungen hochkomplexer Konstellationen unter Einbezug der Reflektion der eigenen Verantwortung wieder und wieder zu befragen – mit je offenem Ausgang, so dass auch eine selbst gebastelte Beflagung mit „Freiheit für Palästina“ verkürzt, um welche Anteile Palästinas es sich handelt, die aus queerer Perspektive in einem historischen Moment Solidarität erfahren müssen und welche Anteile israelischer Politik zu verurteilen sind. Zumindest würden wir der Gruppe unterstellen, dass „Freiheit für Palästina“ nicht Freizügigkeit homo- und transphober Fundamentalist\_innen meint. Insofern im Falle des Nahostkonfliktes der israelische Staat wie auch Palästina auf Heteronormativität, patriarchalen wie auch nationalen Strukturen beruhen, verböte sich, eines queerenden Politikanspruchs folgend, die pauschale und verstetigte Solidarisierung mit einer Seite. Solange jedoch queer-diasporische Gruppierungen, im Netz identitäts-affirmativer Namensgebungen wie Berlin Queers for International Solidarity with Palestine oder Queers Against Israeli Apartheid verfangen, queer als positivistische Setzung statt dekonstruktive Zersetzung nutzen, was im Duktus eines dualen pro bzw. anti eher eine Entsolidarisierung von Menschen im Kampf gegen Unterdrückung und Diskriminierung verlängert, unterhöhlen sie ihren eigenen Politikanspruch. Schließlich stehen entsprechende Benennungen in ebenjenem Diskurs, der sie auszuschließen in der Lage ist, so dass es in den Debatten nicht mehr darum geht, gegen welche Missstände angegangen werden soll und für welche Ziele sich die Gruppen einsetzen, sondern nur noch darum, welche Gruppe dabei sein darf oder nicht, was auf Basis dessen entschieden

wird, für was die Gruppe aufgrund ihres Namens oder ihrer Symbole vermeintlich steht. Solange queer auf der ontologischen Ebene einer Identität hergestellt und angeeignet wird, bleibt es als eine Identität abspaltbar und kann nicht als eine sich selbst herstellende und in Frage stellende, als eine sich positionierende und sich verwerfende, eine vorläufige und sich revidierende politische Identifizierung querliegend zu Unterdrückungszusammenhängen wie Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie bzw. Sexismus und Hetero- wie Homonationalismus wirken. Im Gegenteil – vielmehr ermöglicht eine solche Verhärtung des Begriffes queer eine Hierarchisierung von Unterdrückungsformen, was Ideen Vorschub leistet, dass die Inklusion solcher Gruppen nichts mit den Rechten von LGBITT zu tun hätte, wie es Martin Gladstone formulierte, bzw. das Pride-Event ausschließlich dem Kampf gegen Homophobie gewidmet sei, wie es Kyle Rae wiederum aussprach.<sup>xiii</sup> Dieser Trugschluss holte nicht zu letzt die Organisator\_innen des Berliner CSDs ein, die sich der Kritik Judith Butlers stellen mussten, dass es den Kampf gegen Homo- und Transphobie nicht auf Kosten von Rassismus, Islamophobie oder Antisemitismus geben könne.<sup>xiv</sup> Jedoch scheint es, als würde sich im Streben um Anerkennung immer wieder ein Behauptungswille durchsetzen, der sich an den Schnittstellen zu anderen Kategorisierungen abzuarbeiten versucht. Brandete der Konflikt zu letzt an der Schnittstelle von deutsch-türkischer- und LGBITT-Community in Berlin auf, setzt er nun beim Israel-Palästina-Konflikt an – auch vor dem Hintergrund ökonomischer Anpassungen und Bestrebungen, sich selbst in der Betroffenheit zu exzeptionalisieren.<sup>xv</sup> Im Rahmen der ökonomischen Organisation von Angehörigen der queeren Diaspora in der örtlich beschränkten Population der Kieze formiert sich entsprechend der in die queere Diaspora migrierte Konflikt zwischen Israelis und Palästinenser\_innen. Statt sich gegenseitig aufgrund gemeinsamer Erfahrungen der Delegitimierung in einer Gesellschaft, in der sie gleichermaßen, wenn auch auf Folie verschiedener Kontexte, vom Othering betroffen sind, zu schützen und zu solidarisieren, reproduzieren sich die Konflikte, in deren Folge der queer-diasporische Raum des Kiezes oder des Prides segregierend eingeteilt wird. Unter den Vorzeichen der Gentrifizierung und Ökonomisierung städtischen Raums wie das Beispiel des Verbots der Vermarktung Tel Avivs in Madrid zeigt, werden Entscheidungen getroffen, die eine Vormachtstellung gezielt zu lancierender Gruppen regulieren hilft, was im Falle Madrids bedeutete, dass die israelische Delegation eingeladen wurde, wobei Antisemitismus und Anti-Israelismus die Mechanismen zur Sicherung homonationaler und somit hegemonialer Werte waren.<sup>xvi</sup> Weil sich LGBITT-Community und diasporische Community mitunter vom Geld der Sponsoren

abhängig machen und sich nicht in die Lage versetzen, sich den ökonomischen Zwängen und Erwartungen zu widersetzen, wird die eigene Diskriminierung nach unten durchgereicht und trifft die am härtesten, die am Gefährdetsten sind – was im Falle Torontos diejenigen sind, die sich mit Palästina solidarisieren, was auch eine Aussage hinsichtlich der Wertigkeit politischen Eintretens und Handelns trifft.

Aus diesen Beobachtungen folgend sollte unserer Meinung nach weniger Energie darin verschenkt werden, sich pauschalisiert gegen Israel, Palästina bzw. deren Delegationen und Solidarisierungsgruppen zu wenden, sondern versucht werden die je eigenen Anteile im anderen aufzuspüren, um auf Grundlage dessen, eine Politik zu gestalten, die sich den strukturellen Herstellungsprozessen von Macht widmet und die in der Lage ist, Allianzen nicht auf Grundlage von ethnischen, nationalen, sexuellen oder geschlechtlichen Identitäten, sondern auf Grundlage von Themen und Zielen – wie z.B. der Abschaffung von Homo- und Transphobie, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit – gründet. Dabei geht uns nicht darum, nicht sagen zu dürfen und sagen zu müssen, sich entschieden gegen die menschenrechtsverletzenden Praktiken der israelischen Politikeliten zu wenden – jedoch nicht auf Kosten einer pauschalen Bezeichnung Israels und dessen Bevölkerung. Schließlich setzen sich viele Friedensaktivist\_innen über die Grenzen ihrer ethnischen Zugehörigkeit für die Belange der palästinensischen Bevölkerung ein, die in der Proklamation israelischer Apartheid unsichtbar werden. Das gleiche gilt für Palästinenser\_innen, die sich gegen den antisemitischen Fundamentalismus palästinensischer Gruppierungen wehren. Die je eigenen Anteile im anderen zu finden, hieße auch, dass sich Queers weltweit mit den Belangen des Nahostkonfliktes auseinandersetzen haben, weil es einer ist, der auf durch Machtanspruch hergestellten Schief lagen gleichermaßen beruht, wie der Konflikt zwischen Hetero- und Homonormativität und subalternisierten Begehrens – jedoch nicht mit dem Ziel sich hervorzuheben, sondern mit dem Ziel, sich stets und wiederholend die eigenen Privilegien z.B. des Weißseins und der eigenen Mitverantwortung in Bezug auf den wie in diesem Falle zu betrachtenden Nahostkonflikt vor Augen zu halten.

---

<sup>i</sup> Zit. n <http://www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/feiern-ohne-israel/>. 02.08.2010 15 Uhr.

<sup>ii</sup> Zit. n <http://www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/feiern-ohne-israel/> 02.08.2010 15 Uhr.

<sup>iii</sup> Zit. n. <http://www.ynetnews.com/articles/0.7340.L-3890933.00.html>. 02.08.2010 20 Uhr.

<sup>iv</sup> Zit. n <http://jungle-world.com/artikel/2010/25/41188.html>. 02.08.2010 15.30 Uhr.

<sup>v</sup> Zit. n <http://www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/feiern-ohne-israel/>. 02.08.2010 15.30 Uhr.

<sup>vi</sup> Der von Lisa Duggan geprägte Begriff der Homonormativität, der in einem engen Austauschverhältnis zu Politiken der Heteronormativität steht, „that does not contest dominant heteronormative assumptions and institutions, but upholds and sustains them, while promising the possibility of a demobilized gay

---

constituency and a privatized depoliticized gay culture anchored in domesticity and consumption“, wird von Jasbir Puar aufgegriffen und durch die sich darin hineinlagernde Komponente des Nationalismus zum Begriff des Homonationalismus erweitert. Siehe: Lisa Duggan, *The Twilight of Equality? Neoliberalism, Cultural Politics, and the Attack on Democracy*, Boston, 2003, 50; Jasbir Puar, *Terrorist Assemblages. Homonationalism in Queer Times*, Durham, London, 2007, 4.

vii Zit. n. <http://www.pridetoronto.com/press/statement-from-pride-toronto/>. 02.08.2010 16 Uhr.

viii Zit. n. <http://queersagainstapartheid.org/who/>. 19.09.2010 14 Uhr.

ix Zit. n. <http://bqisp.blogspot.com/2010/07/offener-brief-dt.html>. 02.08.2010 20 Uhr.

x Aufgrund der epistemologischen Nähe von queer und Diaspora im Sinne eines Dazwischen und Wanderns betrachten wir die queere Diaspora als ein Zusammentreffen von subalternen Positionen, die aus der Migration zwischen Nationen und Geschlechtern resultieren, jedoch nicht für sich beanspruchen können, nicht auch hegemoniale Positionen einzunehmen. Damit wird auf Diaspora in einem postkolonialen Verständnis Bezug genommen, das sich nicht auf die Genealogie der jüdischen Diaspora reduziert. Siehe: Stuart Hall (1996): *Cultural Identity and Diaspora*. In: Mongia, Padmini (Hg.): *Contemporary Postcolonial Theory. A Reader*. London, New York.

xi Queeriasporizing ist eine Komposition aus den noch sehr statisch formulierten Begriffen queer und Diaspora und soll als eine Perspektivierung integraler, nicht voneinander aufschlüsselbarer und sich stetig neu verschichtender Kategorisierungen analytisch und strategisch insofern angewendet werden, sich in der Vorläufigkeit herstellender Machtverhältnissen kritisch und dekonstruktiv zu widmen, ohne Aussagen zu verzeitlichen oder zu universalisieren. Siehe: Katrin Köppert, *Queeriasporizing. Eine dekonstruktive Perspektivierung auf VerOrtung in trans\* Produktionen*. Unveröffentlichte Magistraarbeit, Berlin 2010.

xii Zit. n. <http://www.theglobeandmail.com/news/national/toronto/torontos-gay-pride-parade-will-exclude-contentious-group/article1578122/>. 01.08.2010 15 Uhr.

xiii Zit. n. <http://www.theglobeandmail.com/news/national/toronto/torontos-gay-pride-parade-will-exclude-contentious-group/article1578122/>. 02.08.2010 20.30 Uhr.

xiv Zit. n. u.a. <http://www.queer-o-mat.de/172/Judith-Butler-und-die-radikale-Demokratisierung-des-CSDs.html>. 02.08.2010 21 Uhr..

xv Jasbir Puar, *Terrorist Assemblages. Homonationalism in Queer Times*, Durham, London, 2007.

xvi Gayle Rubin, *Sex denken: Anmerkungen zu einer radikalen Theorie der sexuellen Politik*, in: Andreas Kraß (Hrsg.), *Queer denken. Gegen die Ordnung der Sexualität (Queer Studies)*, Frankfurt am Main, 2003, orig. 1984, 31-79.